

BR/GT I/35 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTVERTEILUNGSVERFAHRENS

Brüssel, den 9. Februar 1970

BR/GT I/35/70

- Sekretariat -

UEBERMITTLUNGSVERMERK

Die Herren Mitglieder der Arbeitsgruppe I erhalten in der Anlage entsprechend dem vom Vorsitzenden vorgelegten Dokument vom 3. Februar 1970 (Dok. BR/GT I/34/70, Seite 1) den von der EWG-Arbeitsgruppe "Patente" ausgearbeiteten Bericht vom 24. Oktober 1963 (Dok. 10687/IV/63).

BR/GT I/35 d/70 zat/EV/bm

VERTRAULICH

Brüssel, den 24. Oktober 1963

ANLAGE

zu Dok. BR/GT I/35/70

Dritter Bericht der Arbeitsgruppe "Patente"
an den Koordinierungsausschuss

VORAUSSICHTLICHER PERSONALBEDARF

DES EUROPÄISCHEN PATENTAMTS

I.

G l i e d e r u n g

I. Vorbemerkung

II. Der voraussichtliche Arbeitsanfall beim Europäischen Patentamt

1. Voraussichtlicher Eingang von europäischen Patentanmeldungen
2. Voraussichtliche Zahl der Zurückweisungen und Rücknahmen im Verfahren bis zur Erteilung des vorläufigen europäischen Patents.
 - a) vor Eingang des Berichts über den Stand der Technik
 - b) nach Eingang des Berichts über den Stand der Technik.
3. Voraussichtliche Zahl der vorläufigen europäischen Patente, für die ein Prüfungsantrag gestellt wird.
4. Voraussichtliche Zahl der vorläufigen europäischen Patente, die zu einem endgültigen europäischen Patent führen werden.
5. Zusammenfassung der Ergebnisse
6. Auswirkungen einer Beschränkung der Akzessibilität

III. Der voraussichtliche Personalbedarf des Europäischen Patentamts

1. Die zur Bearbeitung der europäischen Patentanmeldungen und der Prüfung des vorläufigen europäischen Patents benötigte Arbeitszeit je Prüfer
2. Die Zahl der Arbeitstage im Kalenderjahr
3. Die Zahl der benötigten Prüfer
4. Andere Methode für die Ermittlung des Prüferbedarfs

IV. Zahl und Zusammensetzung des Personals

II.

V. Der stufenweise Aufbau des Europäischen Patentamts und seine Auswirkungen auf den Personalbedarf.

VI. Auswirkungen einer Beschränkung der Akzessibilität auf den Personalbedarf.

Anhang I: Die Lebensdauer der Patente

Anhang II: Zahl und Zusammensetzung des Gesamtpersonals
des Europäischen Patentamts bei einem Bedarf
von 300 Prüfern.

I. Vorbemerkung

Die Arbeitsgruppe "Patente" hat sich auf ihrer 7. Sitzung (11. bis 22. Februar 1963 in Brüssel) und auf ihrer 9. Sitzung (1. bis 12. Juli 1963 in München) unter anderem mit der Frage des voraussichtlichen Arbeitsanfalls beim Europäischen Patentamt und dem sich daraus ergebenden voraussichtlichen Personalbedarf des Europäischen Patentamts befaßt. Grundlage der Schätzungen über den voraussichtlichen Arbeitsanfall bildeten die von den nationalen Patentämtern der sechs EWG-Staaten zur Verfügung gestellten statistischen Angaben über ihre nationalen Patentanmeldungen und deren weitere Entwicklung sowie verschiedene Auskünfte, die von der Arbeitsgruppe eingeholt wurden.

Der Bericht, den die Arbeitsgruppe hiermit dem Koordinierungsausschuß unterbreitet, befaßt sich in erster Linie mit dem voraussichtlichen Arbeitsanfall beim Europäischen Patentamt, da dieser die Grundlage für eine Schätzung des voraussichtlichen Personalbedarfs bildet. Der Arbeitsanfall beim Europäischen Patentamt wird verschieden sein, je nachdem, welche Lösung für das Problem der Akzessibilität im Abkommen über ein europäisches Patentrecht gewählt werden wird. Der Bericht behandelt die Probleme zunächst unter dem Gesichtspunkt der uneingeschränkten Akzessibilität. Anschließend wird dargelegt, welche Änderungen sich ergeben, wenn die Akzessibilität auf die Staatsangehörigen der Vertragsstaaten des Abkommens beschränkt wird.

II. Der voraussichtliche Arbeitsanfall beim Europäischen Patentamt

1. Voraussichtlicher Eingang von europäischen Patent- anmeldungen

Für die Beantwortung der Frage, wie groß die Zahl der voraussichtlich beim Europäischen Patentamt nach seiner Errichtung eingehenden europäischen Patentanmeldungen sein wird, lassen sich keine genauen Angaben machen. Man ist auf Schätzungen angewiesen. Um die sich bei jeder Schätzung ergebenden Fehlerquellen einzuengen, ist es erforderlich, von gewissen Hypothesen auszugehen. Die Arbeitsgruppe hat ihren Erörterungen vier Hypothesen zugrundegelegt.

1. Hypothese

Um Fehler, die sich aus der nicht vorhersehbaren weiteren Entwicklung der Anmeldezahlen in Europa ergeben können, auszuschalten, wurde als Zeitpunkt der Eröffnung des Europäischen Patentamts der 1. Januar 1964 angenommen.

2. Hypothese

Es wurde davon ausgegangen, daß das Europäische Patentamt am Tag seiner in der 1. Hypothese angenommenen Eröffnung sofort für alle Gebiete der Technik eröffnet wird und voll arbeitsfähig ist. Hierdurch sollen die Unsicherheiten, die sich aus dem in Artikel 186 des Vorentwurfs des Abkommens vorgesehenen stufenweisen Aufbau des Europäischen Patentamts ergeben, zunächst aus

den Überlegungen ausgeschieden werden. Zur Zeit läßt sich nämlich noch nicht übersehen, welche technischen Sachgebiete in die einzelnen Stufen des Aufbaus des Europäischen Patentamts aufgenommen werden.

3. Hypothese

Es wurde angenommen, daß die Zahl der nationalen Patentanmeldungen in den sechs EWG-Staaten im Jahr 1963 dieselbe ist wie im Jahr 1962. Diese Hypothese ist erforderlich, da einerseits bei der Annahme der Eröffnung des Europäischen Patentamts zum 1.1.1964 von den nationalen Anmeldezahlen des Jahres 1963 ausgegangen werden muß, andererseits zur Zeit aber nur die nationalen Anmeldezahlen für das Jahr 1962 bekannt sind.

4. Hypothese

Es wurde angenommen, daß derjenige Anmelder, der im Jahr 1963 seine Erfindung wenigstens in zwei Staaten des Gemeinsamen Markts angemeldet hat, nach Errichtung des Europäischen Patentamts für seine Erfindung eine europäische Patentanmeldung einreichen würde (sogenannte Zwei-Staaten-Theorie). Diese Hypothese wird sowohl für die Anmelder, die Staatsangehörige der sechs EWG-Staaten sind, als auch für alle übrigen Anmelder aufgestellt.

Anstelle der sogenannten Zwei-Staaten-Theorie hätten für die Schätzung des voraussichtlichen Eingangs von Patentanmeldungen beim Europäischen Patentamt noch zwei andere Hypothesen zugrundegelegt werden können. Einmal hätte man davon ausgehen können, daß jede nationale Patentanmeldung in einem der Staaten des Gemeinsamen Markts in Zukunft als europäische Patentanmeldung bewirkt würde. Zum an-

deren hätte man für die Schätzung der Zahl der europäischen Patentanmeldungen nur diejenigen Erfindungen in Betracht ziehen können, für die eine nationale Anmeldung in allen sechs EWG-Staaten eingereicht worden ist. Die Arbeitsgruppe war der Auffassung, daß die erste Hypothese den Rahmen zu weit, die zweite Hypothese den Rahmen zu eng zieht. Aus diesem Grund hat sich die Arbeitsgruppe für die Zwei-Staaten-Theorie ausgesprochen, die auch von dem Sachverständigenausschuß des Europarats bei seinen Erörterungen des Longchambon-Plans über die Schaffung eines europäischen Patents in den Jahren 1951 bis 1954 zugrundegelegt worden ist.

Die Zwei-Staaten-Theorie führt zu folgenden Ergebnissen:

a) Europäische Patentanmeldungen aus den Mitgliedstaaten des Gemeinsamen Markts

Die Arbeitsgruppe geht bei der Schätzung der Zahl der europäischen Patentanmeldungen aus den EWG-Staaten von der weiteren Unterstellung aus, daß jeder Anmelder, der seinen Wohnsitz oder Sitz in einem der EWG-Staaten hat, in jedem Fall seine Erfindung zunächst in seinem Heimatstaat zum Patent anmeldet, d.h. daß für alle Anmeldungen, die aus einem der EWG-Staaten in einem anderen EWG-Staat eingereicht worden sind, entsprechende nationale Anmeldungen im Heimatstaat des Anmelders bewirkt worden sind.

Bei dieser Unterstellung entspricht die jeweils höchste Zahl von Patentanmeldungen, die aus einem der EWG-Staaten in den anderen EWG-Staat eingereicht worden sind, der Zahl der Erfindungen, für die der Anmelder wenigstens zwei nationale Patente in den EWG-Staaten beantragt hat, somit der Zahl von europäischen Patentanmeldungen, die unter Berücksichtigung der anderen oben aufgestellten Hypothe-

sen aus diesem EWG-Staat eingereicht worden wären.
Unter Heranziehung der Statistik I ergeben sich daraus folgende Zahlen:

Herkunftsland	Höchste Zahl der Patentanmeldungen im Jahr 1962 in	Zahl der Patentanmeldungen
Deutschland	Frankreich	6.517
Belgien	Niederlande	496
Frankreich	Deutschland	2.450
Italien	Frankreich	1.025
Luxemburg	Deutschland	49
Niederlande	Deutschland	1.226
Summe		11.763
		=====

Demnach wäre für das Jahr 1964 mit 11.763 europäischen Patentanmeldungen aus den EWG-Staaten zu rechnen.

b) Europäische Patentanmeldungen aus Staaten außerhalb des Gemeinsamen Markts

Die Zwei-Staaten-Theorie führt in diesem Fall zu der Annahme, daß von den Anmeldern, die ihren Wohnsitz oder Sitz in einem Nicht-EWG-Staat haben, nur diejenigen Anmelder für ihre Erfindung eine europäische Patentanmeldung einreichen würden, die ihre Erfindung wenigstens in zwei Staaten des Gemeinsamen Markts angemeldet haben. Wenn man die Zahlen der Patentanmeldungen, die aus einem bestimmten Nicht-EWG-Staat in den einzelnen EWG-Staaten angemeldet werden, miteinander vergleicht, so dürfte die zweithöchste Zahl der Zahl von Patentanmeldungen entsprechen, die in mindestens zwei EWG-Staaten vorgenommen werden. Die Differenz zwischen

der höchsten und der zweithöchsten Zahl käme dabei der Zahl der Patentanmeldungen gleich, die nur in einem EWG-Staat eingereicht werden. Anhand des vorliegenden statistischen Materials käme man zu folgenden Ergebnissen:

Herkunftsland	Zweithöchste Zahl der Patentanmeldungen im Jahr 1962 in	Zahl der Patentanmeldungen
USA	Frankreich	7.891
Großbritannien	Frankreich	3.254
Schweiz	Frankreich	1.793
andere Länder	Frankreich	2.690
	Summe	15.628 =====

Demnach wäre für das Jahr 1964 mit 15.628 europäischen Patentanmeldungen aus Staaten außerhalb des Gemeinsamen Markts zu rechnen.

Insgesamt wären daher beim Europäischen Patentamt für das Jahr 1964 an Anmeldungen zu erwarten:

Patentanmeldungen aus den EWG-Staaten	11.763
Patentanmeldungen aus Drittstaaten	15.628
	Summe 27.391 =====

Die für das Jahr 1964 geschätzte Zahl von europäischen Patentanmeldungen geht von der Fiktion aus, daß das Europäische Patentamt bereits am 1.1.1964 in vollem Umfang eröffnet wird. Tatsächlich dürfte das Europäische Patentamt frühestens im Jahr 1966 eröffnet

werden. Da es zudem stufenweise errichtet werden soll - im folgenden wird von 5 Stufen in Abständen von je 2 Jahren ausgegangen -, wird man damit rechnen müssen, daß das Europäische Patentamt erst im Jahre 1974 in vollem Umfang eröffnet ist. Um zu einem Durchschnitt zu gelangen, hat die Arbeitsgruppe für die vorzunehmenden Schätzungen das Jahr 1970 zugrundegelegt.

Da die Statistiken der nationalen Patentämter der EWG-Staaten seit 1952, besonders aber seit dem Inkrafttreten des EWG-Vertrags, eine laufende jährliche Zunahme der Zahl der Patentanmeldungen aufweisen, muß man wohl damit rechnen, daß diese Entwicklung noch anhält. Unter diesen Umständen erscheint es gerechtfertigt, die für 1964 geschätzte Zahl der europäischen Patentanmeldungen um 10 % zu erhöhen. Die Arbeitsgruppe ist daher zu dem Ergebnis gelangt, daß für das voll eröffnete Europäische Patentamt mit einer Zahl von rund

30.000 Patentanmeldungen

zu rechnen ist. Das Ergebnis deckt sich mit der Schätzung, die der Patentanwalt Colas kürzlich in einer Veröffentlichung mitgeteilt hat (vgl. "Service direction", November 1962, Seite 1099).

2. Voraussichtliche Zahl der Zurückweisungen und Rücknahmen im Verfahren bis zur Erteilung des vorläufigen europäischen Patents

Das Verfahren zur Erteilung europäischer Patente, wie es im Vorentwurf vorgesehen ist, kann in drei Abschnitte unterteilt

werden: Das Verfahren bis zur Erteilung des vorläufigen europäischen Patents, der Fünf-Jahresfrist, innerhalb der der Antrag auf Prüfung des vorläufigen europäischen Patents gestellt werden kann, und das Verfahren zur Prüfung des vorläufigen europäischen Patents. Es ist offensichtlich, daß der dritte Verfahrensabschnitt das Europäische Patentamt am stärksten mit Arbeit belastet. Die Arbeitsgruppe hat daher zunächst untersucht, wieviele Patentanmeldungen vor der Erteilung eines vorläufigen europäischen Patents wegfallen und wieviele vorläufige europäische Patente erlöschen, ohne daß es zu einer Prüfung kommt.

Es können im wesentlichen zwei Gründe sein, die dazu führen, daß eine europäische Patentanmeldung nicht zur Erteilung eines vorläufigen europäischen Patents führt:

- a) Die Patentanmeldung entspricht nicht den Vorschriften der Artikel 68, 71 und 76 des Vorentwurfs und wird daher gemäß Artikel 77 zurückgewiesen.
- b) Der Patentanmelder verzichtet nach Kenntnisnahme des Berichts über den Stand der Technik darauf, seine Anmeldung weiterzuverfolgen (vgl. Artikel 79 des Vorentwurfs).

Zu a) Zurückweisungen vor Eingang des Berichts über den Stand der Technik

Hierfür hat die Arbeitsgruppe die statistischen Unterlagen herangezogen, die eine Schätzung ermöglichen, wieviele europäische Patentanmeldungen zur Erteilung eines vorläufigen europäischen Patents führen werden. Das Verfahren zur Erteilung eines vorläufigen europäischen Patents kann mit den nationalen Verfahren verglichen werden, in denen das Patent ohne Prüfung erteilt wird. Die Arbeitsgruppe hat daher die statisti-

schen Unterlagen der Staaten herangezogen, die eine Prüfung auf Förmlichkeiten unter Bedingungen vornehmen, die dem europäischen Verfahren noch am ehesten entsprechen.

Dem europäischen Verfahren kommt dabei das italienische Verfahren am nächsten. Die Arbeitsgruppe hat daher auf der Grundlage der italienischen Statistik geschätzt, daß etwa 5 % der europäischen Patentanmeldungen, also 1.500, aufgrund des Artikels 77 des Vorentwurfs des Abkommens zurückgewiesen werden dürften.

Zu b) Rücknahmen nach Eingang des Berichts über den Stand der Technik

Für diesen Fall orientierte sich die Arbeitsgruppe an der Statistik der Länder mit amtlicher Vorprüfung (Deutschland und Niederlande), da die Lage des Anmelders einer europäischen Patentanmeldung, der den Bericht über den Stand der Technik erhalten hat, etwa der Lage des Anmelders einer deutschen oder niederländischen Anmeldung entspricht, der den sogenannten ersten Prüfungsbescheid erhalten hat. Es ist allerdings zu berücksichtigen, daß der erste Prüfungsbescheid über einen bloßen Bericht über den Stand der Technik hinausgeht und schon eine, wenn auch nicht endgültige Prüfung auf Patentierbarkeit der angemeldeten Erfindung enthält. Wie aus den statistischen Unterlagen zu entnehmen ist, werden in Deutschland und in den Niederlanden an Patentanmeldungen vor Erteilung des Patents zurückgenommen:

Deutschland	25,6 %
Niederlande	27,8 %.

Unter Berücksichtigung der Verschiedenheit der nationalen Verfahren und des geplanten europäischen Verfahrens schätzte die Arbeitsgruppe, daß für das europäische Verfahren nach Eingang des Berichts über den Stand der Technik mit einer Rücknahme von 15 % der europäischen Patentanmeldungen, also 4.500, zu rechnen ist.

Aus diesen Überlegungen ergibt sich folgendes:

Von den europäischen Patentanmeldungen dürften 5 % aufgrund der Prüfung nach Artikel 76 zurückgewiesen und 15 % aufgrund des Berichts über den Stand der Technik zurückgenommen werden, sodaß von 100 europäischen Patentanmeldungen nur 80 zur Erteilung eines vorläufigen europäischen Patents führen würden. Geht man von einem jährlichen Eingang von 30.000 europäischen Patentanmeldungen aus, so würden davon 6.000 im Laufe des Erteilungsverfahrens entfallen und auf 24.000 vorläufige europäische Patente erteilt werden.

3. Voraussichtliche Zahl der vorläufigen europäischen Patente, für die ein Prüfungsantrag gestellt wird

Um zu ermessen, wieviele der erteilten vorläufigen europäischen Patente erlöschen, ohne daß ein Prüfungsantrag gemäß Artikel 88 des Vorentwurfs gestellt wird, hat die Arbeitsgruppe die statistischen Unterlagen über die Lebensdauer der Patente herangezogen (siehe Anlage I).

Die Arbeitsgruppe kam zu der Auffassung, daß man die Prozentzahlen der Patente heranziehen müsse, für die die siebte

Jahresgebühr noch gezahlt wurde. Wenn man nämlich davon ausgeht, daß die vorläufigen europäischen Patente im Durchschnitt 1 1/2 Jahre nach der Patentanmeldung erteilt werden, so läuft die Fünf-Jahresfrist gemäß Artikel 88 des Vorentwurfs im Durchschnitt 6 1/2 Jahre nach der Einreichung der Patentanmeldung, also im 7. Patentjahr, ab.

Bei der Zugrundelegung der statistischen Angaben für das 7. Patentjahr für die Schätzung des Anteils der vorläufigen europäischen Patente, für die ein Prüfungsantrag gestellt wird, hat die Arbeitsgruppe auf der einen Seite bewußt außer acht gelassen, daß ein Teil der Inhaber vorläufiger europäischer Patente den Prüfungsantrag bereits im 2. oder 3. Patentjahr stellen wird, also zu einem Zeitpunkt, zu dem der Inhaber die wirtschaftliche Verwertbarkeit des Patents noch nicht mit derselben Sicherheit beurteilen kann, wie dies einem Patentinhaber im 7. Patentjahr möglich ist. Auf der anderen Seite hat die Arbeitsgruppe ebenfalls nicht berücksichtigt, daß die statistischen Angaben für das 8. und 9. Patentjahr erkennen lassen, daß in diesen Jahren jeweils weitere 7 bis 10 % der nationalen Patente aufgegeben werden. Man wird annehmen können, daß in einem europäischen Verfahren ein Teil dieser Patentinhaber ihre Entscheidung, das Patent aufzugeben, mit Rücksicht auf die Zahlung der Prüfungsgebühr vorverlegen und von der Stellung eines Prüfungsantrags absehen wird. Die Berücksichtigung des ersten Umstands würde zu einer Verkleinerung der sich aus der Statistik für das 7. Patentjahr ergebenden Quote führen, die Berücksichtigung des zweiten Umstands dagegen zu einer Vergrößerung dieser Quote. Es dürfte vertretbar sein, anzunehmen, daß sich diese beiden Faktoren die Waage halten, und es dürfte daher berechtigt sein, die statistischen Angaben für das 7. Patentjahr der Schätzung für die Lebensdauer der vorläufigen europäischen Patente zugrunde zu legen.

Die Quote der nationalen Patente, die bis zum 7. Patentjahr einschließlich aufgegeben werden, ist unterschiedlich, je nachdem, ob es sich um geprüfte, teilweise geprüfte oder ungeprüfte Patente handelt. Auch ist das vorläufige europäische Patent mit den derzeitigen nationalen Patenten nicht ohne weiteres vergleichbar, weil die Erfindungen, die zum europäischen Patent angemeldet werden, im Durchschnitt wirtschaftlich wertvoller sein dürften als die Erfindungen, die heute zu nationalen Patenten angemeldet werden.

Da die nationalen Statistiken wegen der Verschiedenheit der Voraussetzungen einen sicheren Schluß für das vorläufige europäische Patent nicht zulassen, hat die Arbeitsgruppe versucht, zunächst ein Minimum und ein Maximum anhand der Statistiken zu ermitteln. Als Minimum hat die Arbeitsgruppe angenommen, daß der Prozentsatz der vorläufigen europäischen Patente, für die kein Prüfungsantrag gestellt wird, jedenfalls so hoch ist wie der Prozentsatz der geprüften deutschen Patente, die gegenwärtig bis zum Ende des 7. Patentjahres erlöschen. Das Minimum beträgt demnach 28 %. Als Maximum hat die Arbeitsgruppe den entsprechenden Prozentsatz für die nur teilweise geprüften deutschen Patente aus dem Jahr 1951 und für die nicht geprüften belgischen und französischen Patente zugrundegelegt. Das so ermittelte Maximum beträgt demnach 45 %. Unter Berücksichtigung dieses Maximums und dieses Minimums hat die Arbeitsgruppe dann als Mittelwert den Satz von 35 % geschätzt.

Als Ergebnis ist damit festzuhalten, daß von den 80 vorläufigen europäischen Patenten, die auf 100 europäische Patentanmeldungen erteilt werden, 28 vorläufige europäische Patente (35 % von 80) erlöschen, weil für sie kein Prüfungsantrag gestellt wird. Auf je 100 europäische Patentanmeldungen würden also 52 Prüfungsanträge gestellt werden.

4. Voraussichtliche Zahl der vorläufigen europäischen Patente, die zu einem endgültigen europäischen Patent führen werden

Die Zahl der endgültigen europäischen Patente kann nicht in der Weise geschätzt werden, daß man den Prozentsatz der Patenterteilungen bei den nationalen Prüfungsämtern auf die Zahl der Prüfungsanträge im europäischen Verfahren bezieht. Dieser Prozentsatz muß vielmehr auf die Zahl der europäischen Patentanmeldungen bezogen werden.

Von den im Jahr 1955 eingereichten Patentanmeldungen haben zur Erteilung eines geprüften Patents geführt in

Deutschland	34,2 %
Niederlande	33,9 %.

Die Arbeitsgruppe schätzte aufgrund dieser Zahlen, daß etwa 35 % der europäischen Patentanmeldungen zu einem endgültigen europäischen Patent führen würden. Daraus folgt, daß die Zahl der endgültigen europäischen Patente bei 30.000 Patentanmeldungen im Jahr 10.500 betragen würde.

5. Zusammenfassung der Ergebnisse

Bei der Annahme einer uneingeschränkten Akzessibilität und eines für alle Gebiete der Technik eröffneten Europäischen Patentamts ist jährlich mit 30.000 europäischen Patentanmeldungen zu rechnen.

Von 100 Patentanmeldungen dürften

- 80 zu einem vorläufigen europäischen Patent,
- 52 zur Stellung eines Antrags auf Prüfung und
- 35 zu einem endgültigen europäischen Patent führen.

Die Tätigkeit des Europäischen Patentamts wäre dementsprechend durch die folgenden Zahlen gekennzeichnet:

30.000 europäische Patentanmeldungen,
24.000 Erteilungen eines vorläufigen europäischen Patents,
15.600 Anträge auf Prüfung und
10.500 Erteilungen eines endgültigen europäischen Patents.

6. Auswirkungen einer Beschränkung der Akzessibilität

Wenn die Akzessibilität auf die Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten des Abkommens beschränkt werden sollte, so ist nach den Ausführungen oben zu 1.) mit 11.763 und bei einem Zuschlag von 10 % mit rund 13.000 europäischen Patentanmeldungen zu rechnen.

Daraus folgt, daß die Tätigkeit des Europäischen Patentamts durch die folgenden Zahlen gekennzeichnet wäre:

13.000 europäische Patentanmeldungen,
10.400 Erteilungen eines vorläufigen europäischen Patents,
6.760 Anträge auf Prüfung und
4.550 Erteilungen eines endgültigen europäischen Patents.

III. Der voraussichtliche Personalbedarf
des Europäischen Patentamts

1. Die zur Bearbeitung der europäischen Patentanmeldungen und
der Prüfung des vorläufigen europäischen Patents benötigte
Arbeitszeit je Prüfer

Der Arbeitsanfall beim Europäischen Patentamt wird durch die Anzahl der eingereichten Patentanmeldungen und der eingereichten Prüfungsanträge bestimmt. Die Bearbeitung der Patentanmeldungen und der Prüfungsanträge wird durch die Prüfer des Europäischen Patentamts vorgenommen. Aus dem zu erwartenden Arbeitsanfall kann daher zunächst die Zahl der benötigten Prüfer errechnet werden. Aus der Zahl der Prüfer wiederum kann die Zahl des weiter benötigten Personals des Europäischen Patentamts ermittelt werden. Die Zahl der Prüfer ist daher die Ausgangszahl für die Berechnung des Gesamtpersonals des Europäischen Patentamts.

Bis zur Erteilung des vorläufigen europäischen Patents ist mit dem Verfahren nur ein einziger Prüfer beschäftigt (Prüfungsstelle gemäß Artikel 55). Nach der Stellung des Prüfungsantrags werden drei Prüfer (Prüfungsabteilung gemäß Artikel 56) mit dem Verfahren befaßt, nämlich ein Vorsitzender, ein 1. Berichterstatter und ein 2. Berichterstatter. Bei den nachfolgenden Schätzungen wurde die Arbeitszeit des Vorsitzenden nicht berücksichtigt. Da dieser gleichzeitig mehrere Prüfungsabteilungen leitet, wurde die Zahl der notwendigen Abteilungsvorsitzenden gesondert berechnet.

Dementsprechend sind hier drei Tätigkeiten zu berücksichtigen, die im Verfahren zur Erteilung des vorläufigen und endgültigen europäischen Patents ausgeübt werden:

- a) Prüfung der europäischen Patentanmeldung durch den Prüfer der Prüfungsstelle gemäß Artikel 55 des Vorentwurfs;
- b) Prüfung des vorläufigen europäischen Patents durch den 1. Berichterstatter einer Prüfungsabteilung gemäß Artikel 56 des Vorentwurfs;
- c) Prüfung des vorläufigen europäischen Patents durch den 2. Berichterstatter einer Prüfungsabteilung gemäß Artikel 56 des Vorentwurfs.

Unter Prüfung einer Patentanmeldung oder eines Prüfungsantrags ist dabei ihre Bearbeitung, also die Gesamtheit aller Arbeiten zu verstehen, die vom Prüfer der Prüfungsstelle oder von den 1. bzw. 2. Berichterstatter vorzunehmen sind, bis der betreffende Vorgang für die Prüfungsstelle bzw. die Prüfungsabteilung abgeschlossen ist. Die für die Bearbeitung der einzelnen europäischen Patentanmeldungen oder Prüfungsanträge benötigte Zeit kann daher sehr verschieden sein. In einzelnen Fällen wird eine europäische Patentanmeldung oder ein vorläufiges europäisches Patent so gut wie keine Arbeit machen, etwa wenn die europäische Patentanmeldung sofort nach Einreichung zurückgenommen oder wenn sofort nach Einreichung eines Prüfungsantrags auf das vorläufige europäische Patent verzichtet wird. In anderen Fällen kann bis zur Erledigung eines Vorgangs sehr viel Arbeit notwendig werden, etwa wenn eine Sache nach langwierigen Verfahren von der Beschwerdekammer an die Prüfungsstelle bzw. Prüfungsabteilung zur erneuten Entscheidung zurückverwiesen wird. Die Schätzung der für die Bearbeitung der europäischen Patentanmeldungen oder des Prüfungsantrags notwendigen Zeit muß daher vom Normalfall ausgehen. Für einen solchen Fall hat die Arbeitsgruppe anhand der Erfahrungen bei den nationalen Prüfungsämtern die Arbeitszeiten wie folgt geschätzt:

10687/IV/63-D

.../...

Prüfung einer Patentanmeldung	0,5 Tage
Prüfung eines vorläufigen europäischen Patents als 1. Berichterstatter	2,3 Tage
Prüfung eines vorläufigen europäischen Patents als 2. Berichterstatter	0,7 Tage.

Bei der Schätzung dieser Arbeitszeiten wurde berücksichtigt, daß durch den Bericht über den Stand der Technik für das Europäische Patentamt eine beachtliche Arbeitersparnis erzielt wird.

2. Die Zahl der Arbeitstage im Kalenderjahr

Die Arbeitsgruppe ist davon ausgegangen, daß den Prüfer des Europäischen Patentamts im Jahr durchschnittlich 225 Arbeitstage zur Verfügung stehen, wobei folgende Berechnung zugrundegelegt worden ist:

Anzahl der Tage im Kalenderjahr	365
davon sind abzuziehen:	
Samstage und Sonntage	104
Jahres- und Sonderurlaub	30
Feiertage	11
	145
	<hr/>
	220

3. Die Zahl der benötigten Prüfer

Aufgrund der vorgenommenen Schätzungen (siehe oben II, 5) wären von den Prüfern des Europäischen Patentamts jährlich zu prüfen:

30.000 Patentanmeldungen,

15.600 vorläufige europäische Patente
durch 1. Berichterstatter und

15.600 vorläufige europäische Patente
durch 2. Berichterstatter.

Die Zahl der zur Bewältigung dieses Arbeitsaufwands beim Europäischen Patentamt benötigten Prüfer würde sich dann wie folgt berechnen:

30.000 Anmeldungen	je 0,5 Tage	= 15.000 Arbeitstage,
15.600 vorläufige europäische Patente geprüft durch 1. Berichterstatter,	je 2,3 Tage	= 35.880 Arbeitstage,
15.600 vorläufige europäische Patente geprüft durch 2. Berichterstatter,	je 0,7 Tage	= 10.920 Arbeitstage
		<hr/>
zusammen		61.800 Arbeitstage

Zahl der Prüfer: $61.800 : 220 = 281$
===

Dieser Zahl müssen wohl noch einige Prüfer hinzugerechnet werden, um Arbeitsunterbrechungen auszugleichen, insbesondere mit Rücksicht darauf, daß etwas Arbeitszeit für die Ausbildung neuer Prüfer geopfert werden muß. Die Zahl der Prüfer beim Europäischen Patentamt soll daher auf rund 300 erhöht werden.

4. Andere Methode für die Ermittlung des Prüferbedarfs

Die bisherige Berechnung für die Ermittlung des Prüferbedarfs beruht darauf, die Arbeitszeit, die vom Prüfer für die einzelnen Verfahrensabschnitte benötigt wird, zu schätzen.

10687/IV/63-D

.../...

Dieser Berechnung kann man entgegenhalten, daß ihr Ausgangspunkt keine feststehende Größe ist. Da das vorgesehene Verfahren vor dem Europäischen Patentamt völlig neuartig ist, ähnliche nationale Verfahren somit nicht ohne Vorbehalt zum Vergleich herangezogen werden können, und da ferner die besonderen Schwierigkeiten, denen sich der europäische Prüfer wegen der Benutzung mehrerer Sprachen gegenübersteht, auch nicht annähernd gewertet werden können, erscheint es nicht bedenkenfrei, allein von dieser Grundlage aus die Zahl der benötigten Prüfer, das heißt die Schlüsselzahl für den Gesamtpersonalbedarf des Europäischen Patentamts, zu ermitteln.

Hinzu kommt, daß schon kleine Änderungen der geschätzten Arbeitszeit für den einzelnen Verfahrensabschnitt wesentliche Unterschiede für das Ergebnis zur Folge haben. Es dürfte daher zweckmäßig sein, das Ergebnis dieser Berechnungsmethode durch eine andere Methode zu überprüfen.

Diese andere Methode könnte ein Vergleich mit der Zahl der benötigten Prüfer beim größten nationalen Patentamt, also beim Deutschen Patentamt, sein. Beim Deutschen Patentamt werden jährlich etwa 60.000 Patentanmeldungen eingereicht, für deren Bearbeitung - nach einer Berechnung des Deutschen Patentamts - etwa 560 voll eingesetzte Prüfer erforderlich sind. Das Europäische Patentamt hat nach den Schätzungen der Arbeitsgruppe jährlich mit etwa 30.000 Patentanmeldungen, im Vergleich zum Deutschen Patentamt also mit der Hälfte zu rechnen.

Sowohl das europäische als auch das deutsche Patenterteilungsverfahren sind Prüfungsverfahren. Das europäische Verfahren weist gegenüber dem deutschen Verfahren gewisse Erleichterungen auf: Die Neuheitsrecherche entfällt; sie wird durch den Bericht

über den Stand der Technik des Internationalen Patentinstituts weitgehend ersetzt. Durch das "examen différé" entfällt die Neuheitsprüfung für einen größeren Prozentsatz von Anmeldungen als in dem deutschen Verfahren. Schließlich ist das europäische Verfahren in verschiedener Hinsicht einfacher gestaltet.

Andererseits bietet das europäische Verfahren gegenüber dem deutschen Verfahren zusätzliche Schwierigkeiten: Die Zusammensetzung des Europäischen Patentamts mit Angehörigen verschiedener Nationalitäten, die Benutzung von drei bzw. fünf Sprachen im Verfahren und schließlich die Prüfung der Patentierbarkeit nicht durch den einzelnen Prüfer, sondern durch ein Kollegium von drei Prüfern.

Es ist sicherlich unmöglich, die einzelnen Faktoren, durch die das europäische Verfahren erleichtert oder erschwert wird, im einzelnen zu bewerten. Doch dürfte es möglich sein, im Wege einer groben Schätzung die erleichternden und erschwerenden Faktoren gegeneinander abzuwägen. Dabei kann man den Schluß wagen, daß die beiden Gruppen von Faktoren sich gegenseitig aufheben. Daraus folgt, daß der europäische Prüfer genau dieselbe Zahl von Patentanmeldungen erledigen würde wie der deutsche Prüfer. Wenn das Deutsche Patentamt für 60.000 Patentanmeldungen 560 Prüfer benötigt, dann würde nach dieser Methode der groben Schätzung das Europäische Patentamt für 30.000 Patentanmeldungen 280 Prüfer benötigen. Damit führt diese Berechnungsmethode zu demselben Ergebnis wie die erste Berechnungsmethode.

IV. Zahl und Zusammensetzung des Personals

Ausgehend von 300 Prüfern, die zur Bearbeitung von 30.000 Patentanmeldungen und zur Prüfung von 15.600 vorläufigen europäischen Patenten notwendig sind, hat die Arbeitsgruppe "Patente" das Gesamtpersonal des Europäischen Patentamts auf 1.045 Personen geschätzt. Die Zusammensetzung dieses Personals nach Laufbahngruppen und Amtsbezeichnungen ist in Anlage II dargestellt.

V. Der stufenweise Aufbau des Europäischen
Patentamts und seine Auswirkungen auf
den Personalbedarf

Nach Artikel 186 Absatz 1 des Vorentwurfs soll das Europäische Patentamt stufenweise aufgebaut werden. Dabei ging die Arbeitsgruppe davon aus, daß der stufenweise Aufbau fünf Stufen mit einem zeitlichen Abstand von jeweils zwei Jahren umfassen könnte. Wenn man bei der Tätigkeit eines voll aufgebauten Amtes von 100 % ausgeht, könnte das Amt im Rahmen der einzelnen Stufen des Aufbaus seine Tätigkeit jeweils um folgende Prozentsätze ausdehnen:

- 1. Stufe 10 %
- 2. Stufe 15 %
- 3. Stufe 20 %
- 4. Stufe 25 %
- 5. Stufe 30 %

Es ist dabei zu bemerken, daß diese Prozentsätze nur als Beispiele gegeben sind. Da der stufenweise Aufbau jeweils nach bestimmten Gebieten der Technik vorgenommen werden muß, können die einzelnen Stufen in ihrem Umfang den angegebenen Prozentsätzen wahrscheinlich nicht genau entsprechen.

Was nun die Auswirkungen des stufenweisen Aufbaus auf den Personalbedarf anlangt, hat die Arbeitsgruppe angenommen, daß der Bedarf an Prüfern für die einzelnen Stufen dem Prozentsatz der Stufen entspricht.

Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß die Prüfer für ein bestimmtes Gebiet der Technik schon einige Zeit, bevor das Europäische Patentamt seine Tätigkeit auf diesem Gebiet aufnimmt, eingestellt werden müssen.

Der Personalbestand der Generaldirektion Verwaltung wird am Anfang des stufenweisen Aufbaus größer sein müssen, als es dem Umfang der Prüfungstätigkeit des Europäischen Patentamts entspricht, da die Generaldirektion Verwaltung vom Personalbestand des gesamten Amts unabhängige Aufgaben wahrzunehmen und den weiteren Aufbau vorzubereiten hat.

In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, daß die Arbeitsgruppe bei der Schätzung des voraussichtlichen Arbeitsanfalls und des voraussichtlichen Personalbedarfs des Europäischen Patentamts von einem voll eröffneten Amt ausgegangen ist. Die Arbeitsgruppe hat demgemäß nur die Zahl der europäischen Patentanmeldungen und den für ihre Erledigung erforderlichen Personalbedarf geschätzt. Nach Artikel 189 ff. des Vorentwurfs soll das Europäische Patentamt während der Aufbauzeit aber auch sogenannte "Gemeinsame Patentanmeldungen" (dépôts communs) annehmen.

Die Arbeitsgruppe hat davon Abstand genommen, eine Schätzung der im Rahmen der einzelnen Stufen des Aufbaus des Europäischen Patentamts zu erwartenden Zahl der "Gemeinsamen Patentanmeldungen" und des zu ihrer Bearbeitung notwendigen Personals vorzunehmen. Diese Schätzung dürfte auch äußerst schwierig sein.

VI. Auswirkungen einer Beschränkung der Akzessibilität auf den Personalbedarf

Wie oben angeführt worden ist, würden bei einer Beschränkung der Akzessibilität auf die Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten des Gemeinsamen Markts beim Europäischen Patentamt anstelle von 30.000 europäische Patentanmeldungen nur 13.000 europäische Patentanmeldungen jährlich eingehen. Geht man für 30.000 Patentanmeldungen von einer Prüferzahl von 300 aus, so liegt es nahe, anzunehmen, daß für 13.000 Patentanmeldungen nur 130 Prüfer benötigt werden, und daß sich auch der sonstige Personalbedarf entsprechend vermindert, wobei jedoch die Personalverminderung bei der Generaldirektion Verwaltung im Verhältnis geringer wäre.

Allerdings dürfte auch eine zur Zahl der Patentanmeldungen proportionale Verminderung der Zahl der Prüfer in der Praxis nicht möglich sein. Offensichtlich dürfte nämlich das technische Gebiet, das jedem einzelnen Prüfer übertragen wird, umso größer sein, je mehr sich die Zahl der Prüfer verringert.

Im Falle der beschränkten Akzessibilität wäre das technische Gebiet, das einem Prüfer übertragen würde, etwa dreimal so groß wie im Falle der freien Akzessibilität. Falls sich das technische Gebiet, das der Prüfer beherrschen muß, vergrößert, dürfte sich in gewissem Umfang sowohl die Zahl der von ihm erledigten Anmeldungen als wahrscheinlich auch die Qualität der Prüfung vermindern.

Diese Überlegungen dürften zumindest in der Anfangszeit des Europäischen Patentamts umso berechtigter sein, als sich aus dem Gebrauch mehrerer Sprachen noch Schwierigkeiten personeller Art ergeben. Es wird sicherlich nicht möglich sein zu erreichen,

10687/IV/63-D

.../...

daß sämtliche eingestellten Prüfer alle Sprachen beherrschen, derer sich das Europäische Patentamt bedient. Das führt dazu, daß ein und dasselbe technische Gebiet mit mehreren Prüfern besetzt werden muß, was wiederum zur Folge hat, daß sich die technischen Gebiete, die die einzelnen Prüfer beherrschen müssen, noch weiter ausdehnen.

Es ist offensichtlich, daß der Umfang des technischen Gebiets, das dem einzelnen Prüfer zugewiesen werden kann, begrenzt ist. Will man diesen Umfang nicht überschreiten, so wird es im Falle der beschränkten Akzessibilität notwendig sein, die Zahl von 130 Prüfern erheblich zu überschreiten.

Anlage ILebensdauer der Patente

Anlage I

Land	Patente angemeldet im Jahr	Zahl der er- teilten Pa- tente - 100 %	Prozentsätze der bis zum Ende des												
			2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	12.	13.	14.
			Patentjahres aufrechterhaltenen Patente												
<u>Geprüfte Patente</u>															
Deutschland	1928	21.185	99,52	94,51	83,54	65,45	51,23	38,40	31,11	25,72	20,86	18,62	15,86		
Deutschland	1952	18.613	99,97	99,36	96,41	90,69	82,52	72,41	62,31	53,45	46,05	38,98			
				1.	2.	3.	4.	5.	6.	7.	8.	9.	10.	11.	
Niederlande	s. Bemerkung 1)			98,85	93,91	83,72	75,59	66,27	60,89	52,24	47,40	41,92	36,02	29,18	
<u>Teilweise geprüfte Patente</u>															
Deutschland	1951	27.995	99,94	97,96	88,95	79,10	67,67	57,82	48,37	40,84	34,83	29,79			
Italien	1943	2)	94,44	82,67	70,12	56,41	47,98	33,93	26,14	20,19	13,70	10,52	10,50	7,59 1,63	
<u>Nicht geprüfte Patente</u>															
Belgien	1954	9.304	92,77	85,1	76,8	69,7	63,7	55 3)							
Frankreich	1948	22.342 4)	99,87	76,21	66,90	57,34	48,06	40,94	35,02	26,27	23,95	21,16	18,85	16,87 15,36	
Frankreich	1955	27.004 4)	87,68	80,76	73,43	66,33	59,78	53,70							

1) In den Niederlanden beginnt die Laufzeit erst mit der Erteilung des Patents. Die Patenterteilung dürfte im Durchschnitt vier Jahre nach der Anmeldung erfolgen.

2) Diese Zahlen beruhen auf einer 1958 vom Italienischen Patentamt vorgenommenen Erhebung.

3) Geschätzte Zahl.

4) Zahl der angemeldeten Patente.

Zahl und Zusammensetzung
des Gesamtpersonals des Europäischen Patentamts
bei einem Bedarf von 300 Prüfern

Die für das Europäische Patentamt vorgesehenen Beamten wurden in vier Laufbahngruppen (A, B, C und D) eingeteilt, wie dies beispielsweise auch im Statut der Beamten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft vorgesehen ist.

A) Beamte der Laufbahngruppe A

I. Leitung des Europäischen Patentamts

1 Präsident

3 Vizepräsidenten, beauftragt mit der Leitung
je einer Generaldirektion

1 Kabinettschef

2 Mitarbeiter 7

II. Erste Generaldirektion

(Prüfung, Erteilung und Verwaltung der Patente)

1. Hauptabteilungen

Nach dem Vorentwurf der Ausführungsordnung, der zur Zeit von der Arbeitsgruppe ausgearbeitet wird, werden die Prüfungsstellen und Prüfungsabteilungen verwaltungsmäßig zu Hauptabteilungen zusammengefaßt.

Dieser Bericht geht davon aus, daß beim Europäischen Patentamt 300 Prüfer benötigt

Übertrag:

7

Übertrag:

7

werden. Die Arbeitsgruppe stellt sich vor,
daß eine Hauptabteilung 15 Prüfer umfaßt.
Dementsprechend würden für die Hauptabtei-
lungen 20 Vorsitzende erforderlich. Für alle
Hauptabteilungen würden also an Beamten der
Kategorie A insgesamt erforderlich

320

2. Patentverwaltungsabteilung

1 Abteilungsleiter

2 juristische Mitarbeiter

3

III. Zweite Generaldirektion

(Beschwerde- und Nichtigkeitskammern)

7 Kammerpräsidenten

28 Mitglieder

35

IV. Dritte Generaldirektion

(Verwaltung)

1. Abteilung für Haushalt, Personal, Organisation
und Allgemeine Dienststellen

1 Abteilungsleiter

1

a) Haushaltsreferat

1 Referatsleiter

2 Mitarbeiter

3

b) Personal- und Organisationsreferat

1 Referatsleiter

3 Mitarbeiter

4

c) Allgemeine Dienststellen (Annahmestelle,
Materialverwaltung, Statistik usw.)

1 Referatsleiter

1

Übertrag:

374

Übertrag:

374

2. Abteilung für Klassifikation und Dokumentation

1	Abteilungsleiter	1
a)	Bibliothek	
1	Bibliotheksleiter	1
b)	Referat für Klassifikation und Dokumentation	
1	Referatsleiter	
12	Auszeichner	
5	Mitarbeiter	18

Bei der Bemessung dieses Personalbedarfs wurde die Aufgabenteilung zwischen dem Internationalen Patentinstitut und dem Europäischen Patentamt berücksichtigt.

3. Rechtsabteilung

(juristische Abteilung; Teilnahme an den Entscheidungen der Prüfungsabteilungen soweit erforderlich)

1	Abteilungsleiter	
12	juristische Mitarbeiter	13

4. Abteilung Sprachendienst

1	Leiter des Sprachendienstes	
35	Übersetzer und Dolmetscher	36

Gesamtbedarf des Europäischen Patentamts an Beamten der Laufbahngruppe A

443

B) Beamte der Laufbahngruppe B

1. a) In den sogenannten Verfahrensabteilungen
(Prüfungsstellen, Prüfungsabteilungen,
Beschwerde- und Nichtigkeitskammern) im
Verhältnis 1 : 6 zu den Beamten der Lauf-
bahngruppe A. (355) 59
 - b) Patentverwaltungsabteilung 15
 2. Für die Leitung des Europäischen Patentamts
und die Generaldirektion Verwaltung (mit Aus-
nahme der Abteilung Sprachendienst) 40
 3. Für die Abteilung Sprachendienst im Verhältnis
1 : 10 zu den Beamten der Laufbahngruppe A im
Sprachendienst (36) 4
-

Gesamtbedarf des Europäischen Patentamts an
Beamten der Laufbahngruppe B 118

C) Beamte der Laufbahngruppe C

1. Schreibdienst

Die Zahl der Schreibkräfte richtet sich nach
der Zahl der Beamten der Laufbahngruppe A
und B (561)

In einigen nationalen Patentämtern und bei der
Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemein-
schaft dürfte das Verhältnis der Schreibkräfte
zu den Beamten 1 : 3 betragen. In anderen natio-
nalen Patentämtern gibt es weniger Schreibkräfte.
Die Arbeitsgruppe war der Auffassung, daß das
Verhältnis beim Europäischen Patentamt mindestens
1 : 4 betragen müsse.

Danach ergibt sich ein Bedarf an Schreibkräften von

140

2. a) Registratur der sogenannten Verfahrensabteilungen

Es sollte auf jeden Beamten der Laufbahngruppe B in den Verfahrensabteilungen ein Registrator entfallen. Auch wenn im Europäischen Patentamt das moderne System der Großregistratur für alle Verfahrensabteilungen gemeinsam oder jedenfalls für die einzelnen Hauptabteilungen und die Gesamtheit der Beschwerde- und Nichtigkeitskammern eingeführt werden sollte, dürfte eine Verminderung des Verhältnisses 1 : 1 kaum erzielt werden können.

Entsprechend der Zahl der Beamten der Laufbahngruppe B in den Verfahrensabteilungen (59) werden auch 59 Registratoren vorgeschlagen

59

b) Registratur der Patentverwaltungsabteilung

7

3. Registratur der Verwaltung, Bürohilfsdienst, Bibliothekshilfsdienst, Kassendienst, Fernsprechkassendienst, Hausverwaltung und Vorzimmerdienst

Da die Verwaltungsdienststellen des Europäischen Patentamts mit modernen Büromaschinen und Büromitteln ausgestattet sein werden, dürfte die Zahl der für die Verwaltungsdienststellen benötigten Beamten der Laufbahngruppe C verhältnismäßig niedrig geschätzt werden können.

Vorgeschlagene Zahl

143

4. Abteilung Sprachendienst

In der Abteilung Sprachendienst dürften etwa 5 Beamte der Laufbahngruppe C benötigt werden

5

Gesamtbedarf des Europäischen Patentamts an Beamten der Laufbahngruppe C

354

D) Beamte der Laufbahngruppe D

Es wird folgender Bedarf an Beamten der Laufbahngruppe D für das Europäische Patentamt geschätzt:

Botendienst	30
Vervielfältigungsdienst	15
Hausarbeiter, Fahrer und Pförtner	40
Dokumentation	10
Hilfspersonal der Allgemeinen Dienststellen (einschließlich Aktenlagerung)	35
	—
Gesamtbedarf des Europäischen Patentamts an Beamten der Laufbahngruppe D	130

(Bemerkung: Die Gebäudereinigung soll durch ein Reinigungsinstitut erfolgen.)

Gesamtzahl der erforderlichen Beamten des
Europäischen Patentamts

1.045
=====

